

# «Teil-haben statt Geteilt-sein»

Wie vier Luzerner Gemeinden das Potenzial der Migrationsbevölkerung nutzen

Text: Rebekka Ehret Bild: Erna Bieri

Mit dem Projekt «Teil-haben statt Geteilt-sein» hat die Hochschule Luzern die aktive politische und gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen in Luzerner Gemeinden gefördert. Die Erkenntnisse daraus können andere Kommunen für ähnliche Vorhaben nutzen.

Nimmt die ausländische Bevölkerung am politischen und gesellschaftlichen Leben in der Schweiz teil, übernimmt sie Verantwortung und wird damit zu einem Teil der Gesellschaft. «Die politische Partizipation ist daher wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Integration», schreibt die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) auf ihrer Website. Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit hat im Jahr 2011 das Projekt «Teil-haben statt Geteilt-sein» gestartet mit dem Ziel, die politische und gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen in Luzerner Gemeinden zu aktivieren und deren Potenzial zu nutzen. Das Projekt wurde von der EKM im Rahmen von «Citoyenneté»<sup>1</sup> finanziell unterstützt.

## Von «innen heraus» entwickelt

Beteiligt waren vier Gemeinden mit Zentrumsfunktion in unterschiedlichen Planungsregionen des Kantons Luzern: Hochdorf, Willisau, Wolhusen und die Stadt Luzern. Unter Einbezug der Zielgruppen, der lokalen Behörden und der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern (FABIA) in Luzern wurden in den einzelnen Kommunen Massnahmen erarbeitet und umgesetzt. Entwickelt wurden die Vorhaben somit von innen heraus, die spezifischen Bedürfnisse und Anliegen wurden aufgenommen. Die Verantwortlichen der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit steuerten den Pro-

zess insofern, als die Projektrichtung im Sinne von «Citoyenneté» beibehalten blieb.

## Unterschiedliche Bedürfnisse

Unter dem Motto «In Willisau Tandemfahren» begleiten und unterstützen in der Gemeinde Willisau erfahrene Personen mit einer Migrationsgeschichte NeuzuzügerInnen mit einem ähnlichen Migrationshintergrund. Der Zugang zu den ausländischen NeuzuzügerInnen erfolgt über die Spielgruppe. Wer sich als TandemfahrerIn zur Verfügung stellt, dem/der wird diese Arbeit bei der Einbürgerung angerechnet.

In Wolhusen stand mit dem Projekt «Menschen VEREINEN» die Frage im Zentrum, wie MigrantInnen für das Vereinsleben in der Gemeinde motiviert werden können. Die schon gut funktionierenden Freiwilligenorganisationen kamen ungeachtet der Staatsangehörigkeit zusammen, um neue

derlassungsbewilligung (C-Ausweis). Jährlich können diese Personen in festlicher Atmosphäre ihr Wissen um die Mitverantwortung erweitern, austauschen und reflektieren.

Die vier Gemeinden haben sich anschliessend in einem gemeinsamen Projekt über die guten und weniger guten Erfahrungen ausgetauscht und diese in einer Broschüre, die sich unter anderem an andere interessierte Gemeinden richtet, zusammengefasst.<sup>2</sup>

## Verwaltungen wurden gestärkt

Als Fazit kann festgehalten werden: Alle vier Gemeinden erlangten eine Stärkung der Verwaltung im Umgang mit Vielfalt, die Zielgruppen konnten wirkungsvoll erreicht werden, und die Migrationsbevölkerung ist vermehrt in die Meinungsbildungsprozesse und damit in eine verstärkte Mitverantwortung einbezogen

## Eine gepflegte Willkommenskultur legt eine gute Basis für die nachhaltige Etablierung des lokalen Zugehörigkeitsgefühls

Strategien für die Teilnahmemöglichkeiten im lokalen Vereinsleben zu entwickeln und diese direkt in einem Leitfaden für lokale Vereine zusammenzufassen.

Der jährlich stattfindende Neuzuziehendenanlass in Hochdorf wurde um die Dimension Mehrsprachigkeit ergänzt: Am Anlass übernehmen zweisprachige, schon länger niedergelassene Personen die Rolle von Dolmetschenden, erzählen von ihrer Ankunft in Hochdorf und geben nützliches Wissen weiter.

Die Stadt Luzern hat als erste Gemeinde in der Schweiz die C-Feier eingeführt, eine Feier für EinwohnerInnen mit einer Nie-

worden. Ausgehend von den vier Projekten zeigt sich auch, dass eine gepflegte Willkommenskultur lohnenswert ist. Sie legt eine gute Basis für die nachhaltige Etablierung des lokalen Zugehörigkeitsgefühls und bekräftigt die Ernsthaftigkeit der Botschaft seitens der Behörden. Ein gelungenes Beispiel für diese Willkommenskultur ist eine jährliche Veranstaltung für die Neuzugezogenen. Wichtig ist, dass die Veranstaltung mehrsprachig durchgeführt wird. Auch Veranstaltungen für AusländerInnen, die über einen C-Ausweis verfügen, erweisen sich als gute Möglichkeit, Personen für eine zukünftige aktive Betei-

## Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen

### Förderung der Partizipation

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) fördert Vorhaben und Projekte, die AusländerInnen neue Partizipationsmöglichkeiten erschliessen. Dieses Engagement erfolgt in der Überzeugung, dass «erfolgreiche Integration durch die gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme ermöglicht wird», wie es auf der Website

der EKM heisst. Die Kommission orientiert sich dafür am Konzept der «Citoyenneté». Dabei geht es vor allem darum, die aktive politische Mitwirkung und Mitverantwortung der Gesamtbevölkerung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit zu fördern und geeignete Massnahmen dafür vor Ort umzusetzen.

Weitere Informationen: [www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch)



**Rebekka Ehret**

ist Dozentin und Projektleiterin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.



Unter dem Motto «In Willisau Tandemfahren» begleiten erfahrene Personen mit einer Migrationsgeschichte NeuzuzügerInnen mit einem ähnlichen Migrationshintergrund. Der Zugang erfolgt über die Spielgruppe.

ligung am Gemeinwesen zu motivieren. An einem solchen Anlass wird die konkrete politisch-gesellschaftliche Partizipation erfahren, und die TeilnehmerInnen sehen, wie gross das Potenzial für die gemeinsame Mitverantwortung ist. Neben der Sensibilisierung auf der strukturellen Ebene ist auch diejenige auf der gesellschaftlichen wichtig. Im Fokus stehen kann zum Beispiel das Vereinsleben, wo VertreterInnen von lokalen Vereinen mit sozial engagierten MigrantInnen zu-

## Eine gemeinsame Mitverantwortung entsteht längerfristig nur dann, wenn MigrantInnen nicht auf ihre Herkunftskultur reduziert werden

sammengebracht werden. Der Ideenaustausch hilft, Barrieren abzubauen und das Bewusstsein für das gemeinsame verantwortungsvolle Zusammenleben im Gemeinwesen zu fördern.

Weiterer bedeutende Aspekte sind die Niederschwelligkeit der Angebote und der respektvolle Umgang mit Wissen und konkreten Erfahrungen von AusländerInnen.

### Es braucht echte Zusammenarbeit

Die Beteiligung von nicht eingebürgerten MigrantInnen an politisch und gesellschaftlich relevanten Meinungsbildungsprozessen erfordert Offenheit für neue Ideen, gute und stabile Netzwerke, lokales und praxisnahes Wissen, interkulturelle Austauschmöglichkeiten und das Vertrauen in gegenseitige Lernprozesse. Das

alles braucht Zeit. Es spielt keine Rolle, wie gross die Gemeinde und wie hoch der prozentuale Anteil an Personen mit Migrationshintergrund ist. Eine grosse Bedeutung kommt vielmehr dem politischen und behördlichen Bekenntnis zu. Der Gemeinde- oder Stadtrat muss sich dazu bekennen, dass sich Einheimische und Zugezogene gleichermassen daheim fühlen sollen. Es braucht also die Unterstützung von «oben». Es braucht aber auch das Tragen von «unten». Eine gemeinsame Mitverant-

wortung entsteht längerfristig nur dann, wenn MigrantInnen nicht auf ihre Herkunftskultur reduziert werden, sondern wenn ihr individuelles Erleben des Ankommens und Sichniederlassens, -zurechtfindens und -orientierens im Alltag als Ressource geschätzt wird. Nötig ist eine echte Zusammenarbeit zwischen der einheimischen Bevölkerung und den ausländischen BewohnerInnen.

### Die Theorie hinter dem Projekt

Thematisch wurden die Gemeinden in allen Projekten dort abgeholt, wo sie mit ihren Bedürfnissen standen. Die konkreten Vorgehensweisen und die inhaltliche Steuerung sind theoretisch geleitet und reflektiert. Für das vorliegende angewandte Forschungsprojekt waren drei theoretische

Linien massgeblich: erstens das Stakeholdership-Prinzip nach Rainer Bauböck, einem Politikwissenschaftler mit einem starken Interesse an der normativen politischen Theorie, und den Ideen von Habermas zu der deliberativen Politik. «Das Konzept von «Stakeholdership» geht davon aus, jenen Personen einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft zu gewähren, deren Lebensumstände ein dauerhaftes Interesse am Gemeinwohl einer bestimmten politischen Gemeinschaft begründen (2010: 16).»<sup>3</sup> Zweitens waren die Erkenntnisse zum «methodologischen Nationalismus» in der Migrationsforschung leitend. Aus der selbstkritischen (Wissens-)Soziologie kommend, zeigen diese die Risiken auf, wenn die Untersuchungseinheit empirischer und theoretischer Ungleichheitssoziologie gleich der «Gesellschaft» als nationalstaatlich organisierte und begrenzte Einheit konstruiert ist. Drittens waren auch die Ergebnisse aus der «Kritischen Theorie» für die Soziale Arbeit nach Maurice Moreau bedeutend. Sein emanzipatorischer Ansatz, genährt durch feministische und antidiskriminatorische Perspektiven, fokussiert strukturelle und nicht persönliche Erklärungsmodelle für soziale Probleme und propagiert als Strategie die «Animation», um die Personen vor Ort in kollektive Aktivitäten für das Gemeinwohl zu involvieren.

### Fussnoten

1 Unter dem Titel «Citoyenneté» fördert die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen Vorhaben, die Ausländerinnen und Ausländern neue Partizipationsmöglichkeiten erschliessen (vgl. [www.ekm.admin.ch/content/ekm/de/home/projekte/citoyen.html](http://www.ekm.admin.ch/content/ekm/de/home/projekte/citoyen.html)).

2 Die Publikation kann auf der Website der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) in der Rubrik «Projekte – Citoyenneté – abgeschlossene Projekte» heruntergeladen werden: [www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch)

3 Bauböck, Rainer (2010): Jenseits des Selbstbestimmungsprinzips. Terra cognita 17/2010, 16–20.